Zeitschrift: Hochparterre : Zeitschrift für Architektur und Design

Herausgeber: Hochparterre

Band: 28 (2015)

Heft: 11

Rubrik: Lautsprecher

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 14.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Ermöglichen statt verhindern

Die Denkmalpflege steckt voll Potenzial für eine dichte und zukunftsfähige Schweiz. Sie braucht gute Inventare, eine planerische Strategie und politische Unterstützer.

Zu Unrecht heisst es, die Denkmalpflege verhindere Energiewende und Verdichtung. Da wird ein Nebenschauplatz zur Entscheidungsschlacht stillsiert, denn schweizweit sind nur wenige Prozent der Bauten geschützt. Die Altstädte und Dorfkerne sind kompakt gebaut, Dachgeschosse kann man quartierverträglich ausbauen und selbst Energieschleudern behutsam ertüchtigen. Im geschützten Baubestand wird also weder die Energiewende gemeistert noch die Zersiedlung gestoppt.

Dennoch droht die Denkmalpflege zum Opfer auf dem Weg in die 2000-Watt-Schweiz zu werden. Sparpolitik, Bauindustrie, Unwissen und Desinteresse bedrängen sie. Im privatwirtschaftlichen Zeitgeist haben es kollektivkulturelle Anliegen schwer, und zur Dominanz der Ökonomie kommt die «Nimby»-Praxis. «Not in my backyard» heisst: Verdichtung? Nicht vor meiner Tür. Denkmalpflege? An der Fassade gegenüber, aber nicht in meiner Stube.

Die oftmals polemische Diskussion wirkt: Der Kanton Bern will vierzig Prozent der Bauten aus dem Inventar werfen. In wenigen Jahren hat sich das Budget der Luzerner Denkmalpflege beinahe halbiert. Das Wallis kürzte Subventionen um ein Drittel. Mehrere Kantone sägen am gesetzlichen Fundament der Denkmalpflege, und das nationale Natur- und Heimatschutzgesetz ist bedroht. Es herrscht ein allgemeiner Abwärtstrend, in manchen Kantonen ist die Lage prekär. Angesichts des Drucks wirkt die Szene ratlos, uneins und vor allem einsam. Drei Anregungen.

Gemeinsam handeln und kommunizieren

Die Fachstellen der 26 Kantone arbeiten mit eigenen Gesetzen und Kompetenzen. Sie kommunizieren oft ähnliche Dinge und erstellen Leitfäden zu gleichen Themen. Wachsen die Aufgaben weiterhin stärker als die Ressourcen, werden solche Doppelspurigkeiten immer absurder. Die Fachstellen müssen deshalb enger zusammenarbeiten. Das fordert Zeit und Kompromisse, bringt dafür aber Synergien und Klarheit nach innen. Die Denkmalpfleger wollen das eine tun und das andere nicht lassen. Sie sprechen von mehr Grundlagenarbeit, Kommunikation und Planung und wollen Objektschutz, Bauberatung und Un-

Zu Unrecht heisst es, die Denkmalpflege verhindere Energiewende und Verdichtung. Da wird ein Nebenschauplatz zur Entscheidungsschlacht stillsiert, denn schweizweit sind nur wenige Prozent der Bauten geschützt. Die Altscheidungsschlacht stillsiert, denn schweizweit sind nur wenige Prozent der Bauten geschützt. Die Altscheidungsschlacht schweizweit sind nur wenige Prozent der Bauten geschützt. Die Altschweizungsleistungen wie gehabt fortführen. Doch wo liegen die Prioritäten, wo sind allenfalls Abstriche möglicher eine gemeinsame Strategie, die eine klare Stimme nach aussen tragen könnte.

Weiche Argumente wie Kultur, Identität und Heimat sind dabei sicherlich gut. Doch Politik und Wirtschaft fordern Fakten. Eine intakte Siedlungs- und Kulturlandschaft schont Ressourcen und ist ein Vorteil für Bewohner und Touristen. Das ist bewiesen und beziffert, aber zu wenig bekannt. Im Bundeshaus stellt die Bauwirtschaft die grösste Lobbygruppe. Ein Lobbyist für Baukultur tut not.

Verdichtung und Energiewende mitplanen

Geschichtlichkeit gibt Halt im gesellschaftlichen Wandel. Im Bestand stecken die Arbeitskraft der Vergangenheit und viel Potenzial zum sorgsamen Umgang mit Ressourcen und qualitätsvoller Verdichtung. Die Denkmalpflege kann dazu beitragen, dass Brachen und Freiräume, Identitätsträger und günstiger Wohn- und Gewerberaum erhalten bleiben. Das bedingt einerseits den Wandel der Denkmalpflege vom Bewahrer zum Ermöglicher, der sich initiativ und kreativ für Baukultur einsetzt. Es bedingt andererseits, dass sie stärker planerisch denkt.



Palle
Petersen ist
Redaktor
Architektur
von Hochparterre.

Politisch unterstützen und Mittel bereitstellen

Der Denkmalpflege fehlen verlässliche Partner. Das Bürgertum ist kulturell auf Sparkurs, Der Heimatbegriff der Rechten ist mehr Parole als Bekenntnis. Linksgrün sieht Kultur eher schöpferisch als geschichtlich. Wann erkennen Politiker, wie viel graue Energie, Nachbarschaft und kulturelle Identität der Gebäudebestand enthält und dass sich im Spannungsfeld von Planung, Technologie, Kultur und Sozialem erfolgreich politisieren lässt?

Die Denkmalpflege will und kann dem wachsenden Bestand und den zunehmenden Aufgaben gerecht werden. Dafür braucht sie mehr Mittel und zugunsten schwächer aufgestellter Kantone auch stärkere Vorgaben vom Bund. Flächendeckende, periodisch nachgeführte, einheitliche Inventare wären ein guter Anfang. Diese wichtige Arbeitsgrundlage fehlt zu oft. Lagebericht auf Seite 22